



Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Beratung und Behandlung bei uns ist es notwendig, persönliche Informationen über Sie zu erheben und mit diesen zu arbeiten.

Gerne kommen wir der Aufgabe nach, Sie umfassend über die Datenverarbeitung zu informieren. Grundlage dafür ist § 15 des kirchlichen Datenschutzrechts KDG, das für uns verbindlich ist. Sie können uns bei weitergehenden Fragen jederzeit kontaktieren:

Suchtberatung Lahr
Friedrichstraße 7
77933 Lahr
suchtberatung-lahr@agj-freiburg.de

Zwecke der Datenverarbeitung

Wir verwenden Ihre Daten jeweils nur im erforderlichen Umfang und ausschließlich zu dem Zweck einer bestmöglichen Betreuung.

Wir benötigen Ihre **Stammdaten** wie Name, Vorname, Adresse, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Geburtsort

- zur Kontaktaufnahme und Terminorganisation mit Gesundheitsdienstleistern wie Kliniken, Ärzten/-innen, Therapeuten/-innen, externen Therapien und zur Organisation der Leistungen sowie
- zur Unterstützung bei Antragstellungen

jeweils unter dem Vorbehalt, dass eine zweckbezogene Einwilligung bzw. Schweigepflichtentbindungserklärung vorliegt.

Für die Leistungserbringung benötigen wir Ihre **hilfe- und beratungsbezogenen Daten** wie individuelle und fallbezogene Informationen, Übergabeinformationen aus vorhergehenden Betreuungen, medizinische Berichte, medizinische Informationen, Diagnosen, Arztbriefe. Wir verarbeiten Ihre Daten (auch Sozialdaten wie Krankenversicherungsnummer, Rentenversicherungsnummer, behördliche Aktenzeichen)

- für die hilfebezogenen und beratenden bzw. unterstützenden Tätigkeiten durch unsere angestellten Mitarbeiter/-innen, Auszubildenden, Studenten/-innen und ggf. Praktikanten/-innen
- für die interne Qualitätssicherung und ggf. externe Qualitätssicherung durch Leistungsträger und Zertifizierer
- zur Abstimmung der unterstützenden, betreuenden, beratenden und medizinischen Maßnahmen und zur Organisation der Leistungen
- ggf. Abrechnungsdaten zur Abrechnung gegenüber den Leistungsträgern und ggf. Selbstzahlern für die Rechnungsprüfung und das Controlling
- für die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, Einschaltung von Rechtsberatern, Prozessführung

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre Daten ausschließlich, wenn dies gesetzlich erlaubt ist. Wir dürfen Ihre **personenbezogenen Daten** nach § 6 KDG verarbeiten, wenn

- das KDG oder eine Rechtsvorschrift, insbesondere aus den Sozialgesetzbüchern es vorsieht,
- Sie zweckbezogen eingewilligt haben,
- die Verarbeitung für die Anbahnung, Erfüllung oder Abwicklung unserer Hilfen erforderlich ist,
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist,
- die Verarbeitung erforderlich ist, um Leib und Leben von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person zu schützen.

Ihre **sensiblen Daten** wie Ihre Gesundheitsdaten dürfen wir nach § 11 KDG nur verarbeiten, wenn

- Sie in die Verarbeitung der genannten personenbezogenen Daten für einen oder mehrere festgelegte Zwecke ausdrücklich eingewilligt haben,
- die Verarbeitung erforderlich ist, damit wir aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsende Rechte ausüben und unseren diesbezüglichen Pflichten nachkommen können, soweit zulässig,
- die Verarbeitung ist zum Schutz von Leib und Leben von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person erforderlich und es besteht aus körperlichen oder rechtlichen Gründen keine Möglichkeit, Ihre Einwilligung einzuholen,



- die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder bei Handlungen der kirchlichen Gerichte im Rahmen deren justizieller Tätigkeit erforderlich ist,
- die Verarbeitung zum Zwecke der Hilfeleistung, für die psychosoziale und medizinische Diagnostik, die Versorgung oder
- Behandlung in unserer Einrichtung und die Verwaltung von Systemen und Diensten im Gesundheits- oder Sozialbereich auf der Grundlage des kirchlichen oder staatlichen Rechts oder aufgrund eines Vertrags mit einem Angehörigen eines Gesundheitsberufs mit strafbewehrter Schweigepflicht erfolgt.

Empfänger/-innen der personenbezogenen Daten

Ihre Daten können unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. bei vorliegenden Einwilligungserklärungen auch an Dritte übermittelt werden. Als Dritte kommen in Betracht:

- Leistungsträger wie Rentenversicherung und Krankenkassen
- Behörden in Zusammenhang mit Antragstellungen und Verwaltungsverfahren
- externe Supervisoren
- Hausärzte/-innen, Ärzte/-innen in Krankenhäusern und Kliniken, Psychotherapeuten/-innen
- Auftragsverarbeiter, derer wir uns als Mitwirkende bedienen (z. B. Softwarehersteller, IT-Dienstleister)

Kriterien der Speicherdauer

Ihre Daten werden nur solange gespeichert wie im datenschutzrechtlichen Sinne erforderlich. Dabei beachten wir die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen von z. B. 10 Jahren für Buchhaltungsunterlagen und Leistungs- und Betreuungsdokumentation. Besteht keine Aufbewahrungspflicht, löschen bzw. vernichten wir Ihre personenbezogenen Daten zeitnah im Rahmen unserer organisatorischen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung Ihrer individuellen Interessen (z. B. Aufarbeitung der persönlichen Biographie zu einem späteren Zeitpunkt), grundsätzlich aber sobald feststeht, dass kein Verarbeitungszweck mehr besteht. Entsprechende organisatorische Maßnahmen sind getroffen.

Erhebung der Daten

Die entsprechenden Daten erheben wir – soweit möglich – bei Ihnen selbst. Nur wenn Sie vorab eingewilligt haben, erhalten wir Daten direkt von Ihren behandelnden Ärzten/-innen und Therapeuten/-innen oder von Krankenhäusern, anderen involvierten Einrichtungen sowie beteiligten Dritten. Diese Daten werden bei uns im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

Hinweis auf die berufliche Schweigepflicht

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Die mit der Datenverarbeitung befassten Mitarbeiter/-innen unterliegen – vergleichbar mit einem Arzt/einer Ärztin – entweder bereits kraft Gesetzes oder kraft einer Verpflichtung durch den Arbeitgeber einer beruflichen Schweigepflicht, die der des Arztes/der Ärztin vergleichbar ist. Wird diese Schweigepflicht verletzt, zieht dies eine Strafbarkeit nach § 203 Strafgesetzbuch nach sich.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung u. a.

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d. h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber der Einrichtungsleitung gelten machen. Sie ergeben sich aus dem Datenschutzrecht

- **Recht auf Auskunft:** Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.
- **Recht auf Berichtigung:** Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.
- **Recht auf Löschung:** Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.
- **Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung:** Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.



Suchtberatungsstelle Lahr / Kehl Informationen zur Datenverarbeitung und zum Datenschutz

- Recht auf Datenübertragbarkeit: Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.
- Widerrufsrecht bei Einwilligungen: Ist die Rechtsgrundlage einer Datenverarbeitung Ihre Einwilligung, so haben Sie ein jederzeitiges Widerrufsrecht mit Wirkung für die Zukunft.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen

Selbstverständlich haben Sie auch das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen:

Die Diözesane Datenschutz Beauftragte Frau Ursula Becker-Rathmair, Domplatz 3, 60311 Frankfurt, 069 800 871 8800, info@kdsz-ffm.de

Folgen der Verweigerung der Bereitstellung personenbezogener Daten

Wir weisen Sie weiterhin darauf hin, dass das zur Verfügung stellen personenbezogener Daten Ihrerseits teilweise gesetzlich vorgeschrieben sein kann (z.B. aus sozialrechtlichen oder steuerrechtlichen Gründen) und sich aus vertraglichen Regelungen ergeben kann. Liegen uns erforderliche Informationen nicht vor, kann dies den Erfolg der Hilfen beeinträchtigen und es können Gefährdungssituationen entstehen.

Datenschutzbeauftragter der Einrichtung

Unsere Beratungsstelle hat einen Datenschutzbeauftragten bestellt:
Hagen Sichtling (hagen.sichtling@agj-freiburg.de, 07621 1528-14)

Bei Fragen und Anregungen zum Datenschutz können Sie sich jederzeit direkt an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Mit Ihrer Erklärung über Einwilligungen zur Datenverarbeitung und Entbindung von der Schweigepflicht, in der Regel anlässlich des ersten Termins, haben Sie erklärt, dieses Informationsblatt erhalten zu haben. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

